

Nationales Stipendienprogramm

Stellungnahme der Fachhochschulen

Die Fachhochschulen begrüßen grundsätzlich den Willen, die Bildungsförderung bundesweit zu stärken. Auch dem Ziel in diesem Zusammenhang eine breitere Stiftungskultur in Deutschland etablieren zu wollen, wird zugestimmt.

Jedoch sieht der Gesetzentwurf vor, dass die Hochschulen die Hälfte des Stipendienaufkommens bei Unternehmen, Stiftungen, Vereinen, Kammern und Privatpersonen einwerben mögen. Zudem sollen sie das Auswahlverfahren sowie die Betreuung der zu fördernden Studierenden organisieren. Der damit verbundene administrative Aufwand wird in den bisherigen Planungen der Bundesregierung nur unzureichend berücksichtigt. So kalkuliert das BMBF, dass die Verwaltungskosten rund 5 Prozent der jährlichen Gesamtstipendienkosten betragen. Realistischere Szenarien gehen von einem deutlich höheren jährlichen Wert aus. Auf Basis vergleichbarer britischer Programme werden die Kosten auf etwa ein Drittel geschätzt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der dortigen Gesellschaft bereits eine lange Stiftungstradition vorhanden ist. In Deutschland müsste hingegen eine solche Landschaft erst langsam aufgebaut werden. Die bisherigen Erfahrungen mit dem nordrhein-westfälischen Stipendiensystem zeigen, dass derzeit die zeitliche Belastung zur Mitteleinwerbung für Hochschulleitungen – und ausschließlich deren Mitglieder können für diese Aufgabe herangezogen werden – bereits bei einer geringen Anzahl an Stipendiaten enorm ist. Eine stärkere Beanspruchung von Rektorats- bzw. Präsidiumsmitgliedern wäre nicht zu verantworten. Vor diesem Hintergrund erscheint fraglich, ob die Hochschulen den Akquiseaufwand für 8 Prozent ihrer Studierenden überhaupt leisten können. Berücksichtigt man zudem die Personalkosten stehen den Erträgen der Mitteleinwerbung teilweise Aufwendungen in nahezu gleicher Höhe gegenüber. Da bereits von Wirtschaftsverbänden ablehnende Äußerungen zu dem geplanten nationalen Stipendienprogramm getätigt wurden, dürften Hochschulen erhebliche Probleme besitzen, private Geldgeber auch nur annähernd in dem angestrebten Umfang zu gewinnen. Zudem ist zu erwarten, dass private Unterstützung anderer Programme für Forschung und Lehre sich parallel zum geplanten Stipendiensystem rückläufig entwickeln wird.

Dennoch bedarf jegliches Engagement der Hochschulen und aller damit entstehenden Kosten einer vollständigen Kompensation. Ministerin Schavan sieht hier in erster Linie die Bundesländer in der Verantwortung. Eine teilweise Finanzierung des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes aus den Budgets der Hochschulen, ohne negative Auswirkungen auf die Qualität von Forschung und Lehre, ist unmöglich. Die Umsetzung des Stipendienprogramms müsste daher für Fachhochschulen kostenneutral erfolgen. Nur so lässt sich ihre bisherige Leistungsfähigkeit auch zukünftig erhalten.